



Konrad
Adenauer
Stiftung

Almanya Programm



Dezember 2009

Pressemonitoring türkischer Printmedien

DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN

1. Zum Minarettverbot in der Schweiz
2. Gemeinsame Lebenswelten: Brücken und Barrieren
3. Maßnahmen der Integrationspolitik
4. Studienergebnisse zur Integration

Impressum

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Pressespiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern spiegeln Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen.

1. Zum Minarettverbot in der Schweiz

Ende November beschloss die Schweiz per Referendum den Bau von Minaretten künftig zu verbieten. Dieser Entschluss sorgte in den türkischen Medien für ein großes Echo.

Am 01.12. kommentiert die **HÜRRIYET** das Minarettverbot mit der Überschrift „In der Schweiz hat das mittelalterliche Denken gespuht“. Die Zeitung befürchtet, dass in den Niederlanden und in Dänemark ähnliche Abstimmungen zu erwarten sind. Als „unzeitgemäß und primitiv“ bezeichnet die **HÜRRIYET** das Minarettverbot am 02.12 auf ihrer Titelseite. Der türkische Ministerpräsident Erdoğan habe kritisiert, dass Islamophobie ein Verbrechen an der Menschlichkeit sei, heißt es. Auch am 03.12. setzt sich die Zeitung wieder intensiv mit dem Minarettverbot auseinander. Es sei ein Zeichen von Intoleranz, dass die Schweiz dem Geld von Muslimen keineswegs abgeneigt sei, ihnen gleichzeitig aber nicht erlaube, Minarette im Land zu errichten. Außerdem stelle die mit staatlicher Beihilfe unterstützte Abschaffung der Religionsfreiheit eine große Gefahr für einen Rechtsstaat dar, so die Zeitung. Am 04.12. titelt die **HÜRRIYET** „Boykott von Fatih“ und informiert über die Reaktion des Filmemachers Fatih Akin auf das Referendum in der Schweiz. Akin habe in einem offenen Brief an die Schweizer Medien kritisiert, dass das Minarettverbot inhuman sei und dem Ziel eines friedlichen Miteinanders zuwiderlaufe. Um ein Zeichen zu setzen, sei Akin der Film premiere seines neuen Films in der Schweiz ferngeblieben. Am selben Tag titelt auch die **SABAH** unter dem Titel „Der sinnvollste Protest“ über die Reaktion des Filmemachers. Am 09.12. berichtet die **HÜRRIYET** von einer Podiumsdiskussion im Haus der Kulturen der Welt in Berlin, die sich ebenfalls mit dem Minarettverbot beschäftigte. Frank Meyer, ein Schweizer Journalist, moderierte das Gespräch zwischen Prof. Dr. Michael Wolfssohn, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages Prof. Dr. Norbert Lammert, Prof. Dr. Susanne Baer von der Humboldt Universität Berlin und dem Schriftsteller Prof. Dr. Navid Kermani. Die Diskussionsteilnehmer seien während des Gesprächs darin übereingekommen, dass das unerwartete Ergebnis des Referendums in der Schweiz das Resultat gezielter Angstpropaganda gewesen sei, berichtet die Zeitung. Lammert habe sich dafür ausgesprochen, dass alle

Religionen gleich behandelt werden sollten und habe betont, dass deutsche Politiker für dasselbe Thema deutlich mehr Feingefühl besäßen. Wolfssohn habe während der Diskussion eine Moschee ohne Minarette mit einem Auto ohne Räder verglichen. Kermani habe das Minarettverbot in der Schweiz insgesamt als ein schlechtes Signal für die Gesamtheit der europäischen Länder interpretiert. Die Haltung könne sich durchaus auf Länder wie Österreich, Frankreich oder aber Dänemark übertragen, habe der Autor gewarnt.

2. Gemeinsame Lebenswelten: Brücken und Barrieren

Mit den Schwierigkeiten und Anforderungen ebenso wie mit den Chancen und Möglichkeiten des Miteinanders von Migranten und Mehrheitsgesellschaft befassten sich verschiedene Themenartikel in türkischen Printmedien.

Die CDU und die Migranten

Über das Verhältnis zwischen Bürgern mit Migrationshintergrund und der CDU berichtet die **SABAH** in einem Kurzartikel am 02.12. und zitiert dabei Frank Henkel, den Vorsitzenden der Berliner CDU. Der Partei sei sehr daran gelegen, Migranten in einem weltoffenen Deutschland eine faire Chance zu geben, so der CDU-Politiker. Wichtige erste Schritte wie beispielsweise der Nationale Integrationsplan oder aber die Integrationsgipfel, seien auf diesem Weg bereits unternommen worden, so Henkel weiter.

Razzia bei der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş

Die **HÜRRIYET** meldet am 01.12. eine bundesweite Razzia, die bei der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) durchgeführt wurde. Grund für die „Schock-Razzia“ seien der Verdacht auf Spendenbetrug und die Hinterziehung von Sozialbeiträgen, berichtet die Zeitung. Laut **SABAH** kritisierte der Generalsekretär der IGMG, Oğuz Ücüncü, die Razzia heftig und stempelte sie als anti-muslimische Propaganda ab. Am 09.12. berichtet auch die **TÜRKIYE** über die Razzia bei der IGMG. Der Generalsekretär habe betont, dass die IGMG keine

Rechnungen zu begleichen habe und dass diese Razzia ein Ausdruck der generellen Atmosphäre in Deutschland sei.

Hotline zur Zwangsheirat

Eine Bilanz der niedersächsischen Integrationsbeauftragten, Honey Deihimi, zu der seit 2007 bestehenden Hotline zur Zwangsheirat, gibt die ZAMAN am 15.12. wieder. Es sei festgestellt worden, dass fast ausschließlich Frauen anriefen und dass die meisten Anruferinnen türkischer Herkunft seien. So hätten im Jahr 2007 67 Türkischstämmige und 2008 54 Menschen türkischer Herkunft die Nummer der Hotline gewählt. Weitere Anrufer stammten aus Syrien, dem Irak oder dem Libanon.

Auszeichnung der Autorin Emine Sevgi Özdamar

Am 04.12. berichtet die **ZAMAN** über die Verleihung der rheinland-pfälzischen Carl-Zuckmayer-Medaille. Die diesjährige Auszeichnung ging an die türkischstämmige Schriftstellerin Emine Sevgi Özdamar. Sie nahm als erste Preisträgerin, die nicht in ihrer Muttersprache schreibt, diesen Preis entgegen. Kurt Beck, rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, habe ihre Arbeit als „sprachliches Kunstwerk, das die vielfältigen Erfahrungen der Migration und das Leben in unterschiedlichen Kulturen vereint“ gelobt, berichtet die Zeitung weiter.

3. Maßnahmen der Integrationspolitik

Im Blick auf Rechte von Migranten galt das besondere Interesse der türkischen Printmedien wiederholt der vereinfachten Anerkennung ausländischer Diplome.

Anerkennung ausländischer Diplome

Am 04.12. bezeichnet die **MILLIYET** die Bemühungen in der Gesetzgebung zur Anerkennung ausländischer Diplome als einen wichtigen Schritt. Regierung und Opposition sei daran gelegen, ein einfaches Verfahren für die Anerkennung einzuführen, über das am 09.12. im Bundestag verhandelt werden solle. Am 10.12.

4

berichtet die **ZAMAN**, dass die Bundesregierung einen ersten Gesetzesvorschlag zur Anerkennung ausländischer Diplome akzeptiert habe. Dieses Gesetz werde vor allem die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen von Migranten erleichtern, so Bildungsministerin Schavan. Dadurch werde die Berufssuche vereinfacht und die Integration gefördert, so die Ministerin weiter. Auch die Bundesintegrationsbeauftragte, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, sei überzeugt, dass die Anerkennung ausländischer Diplome Deutschland zu Gute komme. Das bereits lange ruhende Potenzial von Menschen mit Migrationsgeschichte werde so besser ausgeschöpft.

Böhmer will Bleiberechtsregelung verlängern

Am 01.12. berichtet die **SABAH** über die Anstrengungen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, zur Verlängerung der Bleiberechtsregelung. Da die betroffenen Ausländerinnen und Ausländer nun eine schnelle Regelung bräuchten, bat Böhmer Bund und Länder die aktuell gültige Regelung auf zwei weitere Jahre zu verlängern. Wer sich engagiere und integriere, sei in Deutschland willkommen, unabhängig von seiner Herkunft, betonte Böhmer.

Der geplante Integrationsvertrag

Am 03.12. berichtet die **SABAH** über die Position des Bundesinnenministers Thomas de Maizière zur geplanten Einführung des Integrationsvertrages. Die Zeitung meldet, dass er sich insgesamt von der Idee distanzieren, da nicht deutlich sei, welche Erwartungen mit dieser Maßnahme einhergingen. Auch seien die Begrifflichkeit des „Vertrags“ und das genaue Verhältnis der Vertragspartner sowie die daraus resultierenden Konsequenzen bislang nicht geklärt. Am 07.12. behandelt die **SABAH** das Thema erneut und greift die Meinung Mehmet Kilics, MdB der Grünen, zum Thema Integrationsvertrag auf, wonach die Idee zum Integrationsvertrag unsinnig und nicht nachvollziehbar sei.

Sprachkurse für Imame

Die **ZAMAN** berichtet am 12.12. über die Sprachförderung für Imame in

Deutschland. Die Zeitung informiert, dass das Projekt „Imame für Integration“ ins Leben gerufen wurde, in dessen Rahmen Imame in vier deutschen Städten, u.a. in Nürnberg, montags bis donnerstags je vier Stunden Sprachunterricht erhalten werden. Die Sprachkurse würden in der Moscheegemeinde den Wunsch verstärken, die deutsche Sprache besser zu erlernen. Neben Sprachkenntnissen werde man den Imamen außerdem drei Jahre lang landeskundlichen Unterricht und Wissen über die deutsche Kultur vermitteln. Mit den Sprachkursen würden die Imame künftig auch offener gegenüber deutschen Besuchern sein als bisher, so die Zeitung.

Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen

Am 12.12. berichtet die **ZAMAN** über die im Februar 2010 anstehenden Wahlen der Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen und zitiert in diesem Zusammenhang den Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA), Tayfun Keltek. In dem Bericht ruft Keltek Migranten dazu auf, unbedingt an den Wahlen teilzunehmen und sich selbst zur Wahl zu stellen. Er betont die Wichtigkeit der Integrationsräte für den Integrationsprozess und weist zugleich darauf hin, dass in der Vergangenheit viele ihrer Vorschläge unverändert eine Zustimmung im Stadtrat erhielten. Im Falle einer Kandidatur für einen Integrationsrat sei die Wahrscheinlichkeit bei einer Gruppenkandidatur in Form einer Liste gewählt zu werden höher, als bei einer individuellen Kandidatur, so Keltek weiter.

Ein türkischstämmiger Vorsitzender für die Grüne Jugend

Den zwanzigjährigen Volkan Inak, der zum neuen Vorsitzenden der Grünen Jugend in Schleswig-Holstein gewählt wurde, portraitiert die **HÜRRIYET** am 07.12. Der politisch engagierte junge Mann habe bereits in Wedel die Grüne Jugend gegründet und habe nun bei der Wahl die Unterstützung zahlreicher Parteifreunde bekommen, meldet die Zeitung.

Migranten für den sozialen Dienstleistungsbereich

Am 14.12. berichtet die **ZAMAN** über Äußerungen des baden-württembergischen

Justiz- und Integrationsministers Ulrich Goll zum Thema Migranten im sozialen Dienstleistungsbereich. Dort herrsche momentan ein großes Defizit. Der Minister fordere Migranten auf, ihre Berufswahl im sozialen Dienstleistungsbereich zu treffen, damit sie an dieser Stelle eine Brückenfunktion zu anderen Migranten erfüllen können. Insgesamt müsse die Integrationsthematik mehr in den Vordergrund rücken, meint Goll.

4. Studienergebnisse zur Integration

Am 11.12. berichtet die **ZAMAN** über eine von Prof. Dr. Joachim Tiedemann am Institut für Pädagogische Psychologie der Leibniz Universität Hannover durchgeführte Studie, die sich mit dem Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulen beschäftigt. Demnach besuchen 37 von 100 Kindern die falsche Schule. Es zeige sich, dass der Übergang nach der vierten Klasse zu früh sei und dass sich der Wechsel zu einer höheren Schulform schwierig gestalte. Dieses System benachteilige noch nicht im Schulalltag integrierte Schüler ebenso wie Kinder und Jugendliche mit Sprachproblemen. Außerdem werde der Empfehlung der Grundschullehrer beim Übergang zu weiterführenden Schulen in vielen Bundesländern zu große Wichtigkeit beigemessen, zitiert die Zeitung den Psychologen.